MEDIENMITTEILUNG

Bern, 2. Mai 2022

Rechtzeitig RAUS, WEIDE prüfen und anmelden!

Bei den konkreten Massnahmen zur Umsetzung der beiden Absenkpfade (parlamentarische Initiative 19.475) hat der Bundesrat sehr unterschiedliche und in der Summe aber einschneidende Signale gesetzt. Grundsätzlich positiv beurteilt die SMP das angepasste RAUS- sowie das neue WEIDE-Programm ab 2023. Wichtig ist zu prüfen, wo eine Neu- und Wieder-Anmeldung möglich wird. Ab 2024 kommen verschärfte und einschneidende Vorgaben bei der Suisse Bilanz dazu. Es ist wichtig, sich nun frühzeitig damit zu befassen. Die Schweizer Milchproduzenten werden sich weiter konsequent einsetzen, dass bei der Umsetzung der Spielraum genutzt werden kann und die standortgerechte und nachhaltige Milchproduktion in der Schweiz nicht weiter eingeschränkt wird.

Bei der Beratung der Agrarpolitik 2022+ wurde eine parlamentarische Initiative eingereicht, welche der Bundesrat im August 2020 ebenfalls begrüsst hat. Nun wurde das Verordnungspaket zur Umsetzung publiziert. In der Summe wird die Umsetzung dieser Massnahmen zu einer Reduktion der Inlandproduktion der Schweizer Landwirtschaft führen.

RAUS und WEIDE als positive Punkte

Die Schweizer Milchproduzenten stehen hinter dem Anliegen, dass auch in Zukunft möglichst alle Kühe regelmässig Bewegung und Auslauf haben. Die neue Zweiteilung in Form eines RAUS-Programmes als Basis und eines zusätzlichen Weideprogrammes erlaubt in Zukunft eine einfachere Teilnahme an diesen Programmen. Das ist ein Mehrwert gegenüber dem Ausland, den die Schweizer «Milch» bei den Konsumentinnen und Konsumenten in Wert setzen kann. Damit es bei der Umsetzung keine Unterbrüche gibt, ist es für die Milchproduzentinnen und Milchproduzenten ratsam, die Voraussetzungen und die Anmeldung per 1.1.2023 rasch zu prüfen und die Anmeldung im 2022 vorzunehmen.

Inlandproduktion unter Druck

Die übergeordneten Vorgaben aus den Beschlüssen des Bunderates zu den Absenkpfaden setzen die tierische Produktion in der Schweiz unter Druck und werden bei konstantem Konsum letztlich zu einer Zunahme von Nahrungsmittel-Importen und zu mehr Auslandabhängigkeit führen. Das ist definitiv nicht das Ziel, auch nicht das der Regierung.

Auskünfte:

Reto Burkhardt, Leiter Kommunikation 079 285 51 01

